

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 362 / 2014

Kiel, Mittwoch, 10. September 2014

Bildung / Inklusion

Anita Klahn: Das Ziel muss es sein, allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden

In ihrer Rede zu TOP 40 (Inklusion) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Frage, wie Inklusion zukünftig in unseren Schulen zu organisieren ist, ist eine der zentralen bildungspolitischen Aufgaben in Schleswig-Holstein, darin sind wir uns hier fraktionsübergreifend einig.

Doch leider beschränkt sich der vorliegende Bericht allein auf die Beschreibung von Bestehendem, Absichtserklärungen, der Erarbeitung von Aufgabenbeschreibungen, Trägerstrukturen sowie Förderkonzepten, die Einrichtung von Arbeitsgruppen und Expertenrunden, Verweise auf die Zukunft und langfristige Perspektiven.

Erfreulich ist zwar, dass zu Beginn des Berichts darauf verwiesen wird, dass nicht die Quote der inklusiv beschulten Kinder das Wichtige sei, sondern die Qualität des Unterrichtes und der individuellen Förderung. Im weiteren Verlauf des Berichtes steht allerdings mehrfach eine Erhöhung der Quote im Vordergrund.

Positiv erscheint, dass Förderzentren erhalten bleiben sollen, genauso wie der Aufbau von Zentren für inklusive Bildung geplant ist. Aber es geht keine zusätzliche Lehrerstelle an die Förderzentren! Das ist bezeichnend!

Generell fehlt mir eine Aussage zu den notwendigen Maßnahmen und deren Finanzierung, vor allem an den bestehenden Regelschulen, wenn vorrangig inklusive Beschulung ermöglicht werden soll.

Wie wird eine Barrierefreiheit in allen Bereichen erlangt, auch zur sensorischen Orientierung?

In welcher Anzahl und Ausstattungsqualität sind Pflege-, Rückzugs- oder spezielle Förderräume vorzuhalten?

Wie soll der Zugang zu Informationen, zu Lehr- und Lernmittel barrierefrei gestaltet werden?

Ehrlicherweise wäre eine Aussage zu den zu kalkulierenden Kosten und den damit verbundenen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte der Schulträger wichtig gewesen, aber dazu kann das Ministerium laut vorliegendem Bericht keine Aussage machen. Warum?

Das sogenannte Konzept enttäuscht auch, weil die Landesregierung vollmundig Erwartungen geschürt hat, die sie jetzt nicht erfüllen kann. Es überzeugt wenig, wenn die einzigen zusätzlichen Mittel, die sie aufwenden, Mittel sind, die ihnen unverhofft in den Schoß gefallen sind, ansonsten aber alles, aus den vorhandenen Ressourcen erwirtschaftet werden muss.

Entsprechend deutlich ist die öffentliche Kritik. Die GEW nennt das Papier in ‚jeder Hinsicht beratungsbedürftig‘. Der Landeselternbeirat der Grundschulen und Förderzentren bezeichnet das Konzept als ‚sehr kurz und wenig konkret‘.

Eine motivierende Lehrkraft hätte einem Schüler unter die Arbeit geschrieben: ‚Ich sehe zwar, dass Du dich bemüht hast, aber leider ist das Thema verfehlt‘.

Der Bericht bietet keine Antwort darauf, wie die Versorgung der Schulen mit Sonderpädagogen besser geregelt werden kann, damit die notwendige individuelle Förderung passgenau erfolgen kann.

Das aktuelle Problem der zu kleinteiligen Struktur, der mangelnden Kontinuität in der Arbeit mit den Schülern, der Verschwendung von Ressourcen in Fahrwege und Abstimmungsprozesse wird zwar auch formuliert, aber die richtigen Schlussfolgerungen fehlen.

Die neugeordnete Lehrerbildung im Bereich der Sonderpädagogik bezeichnen sie als Baustein zur Verbesserung der Situation. Ich vermute, dass sie die Kritik der Fachverbände diesbezüglich nicht wahrnehmen wollten. Die nämlich sprechen von Rückschritt!

Genauso präsentieren sie 314 Stellen für Schulassistenz an Grundschulen ab 2015 als Erfolg – wobei Aufgabenbeschreibung, Qualifikation und Bezahlung der zukünftigen Schulassistenten erst noch gefunden werden müssen.

Es gibt 397 Grundschulen – ohne Halligschulen – in diesem Land. Nach welchen Kriterien weisen sie denn die Schulassistenz zu? Die Antwort fehlt. Und Entlastungen für die Sekundarstufe bleibt die Landesregierung weiterhin schuldig.

Das ist kein Erfolg, das scheint eher ein Akt der Verzweiflung zu sein!

Die FDP-Fraktion hat bereits vor der Sommerpause ein eigenes Konzept zur Inklusion an Schulen vorgelegt, weil die Ministerin weder ihre selbstgesetzten Zeitziele noch einen Plenarbeschluss umsetzte. Die betroffenen Menschen aber zu Recht einen Lösungsansatz forderten.

Darin zeigen wir einen ‚Dritten Weg‘ auf, um die bestehenden Probleme kurz- bis mittelfristig in den Griff zu bekommen.

So soll nach unserem Konzept unter dem Dach einer allgemeinbildenden Schule der Unterricht für Schüler mit Förderbedarf ganz oder teilweise in speziellen Lerngruppen ermöglicht werden. Dafür muss ein Netzwerk aus Inklusionsschulen geschaffen werden. Die Förderschulen bleiben daneben als zentrale Säule erhalten.

Uns ist es wichtig, allen Schülern gerecht zu werden – mit oder ohne Förderbedarf. Darauf müssen wir unsere Politik ausrichten.“